

Zusammenfassung

## „Brasiliens Fleisch und das EU-Mercosur- Abkommen“

Ein Bericht von Réporter Brasil im Auftrag von Friends of the Earth Europe, ins Deutsche übersetzt durch den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

Bund für Umwelt und Naturschutz  
Deutschland e.V. (BUND)

*Kontakt:*

Sarah Hoesch

BUND-Expert\*in für Wirtschaft- und Handelspolitik

E-Mail: [sarah.hoesch@bund.net](mailto:sarah.hoesch@bund.net)

Tel.: 030-27586-520

31. März 2021

## Die wichtigsten Erkenntnisse im Überblick:

- Die Europäische Union (EU) ist ein wichtiger Importeur von Fleisch sowie landwirtschaftlichen Produkten, die Verbindungen zu Entwaldung, Biodiversitätsverlust, Zwangsarbeit und der Verletzung von Rechten indigener Völker aufweisen.
- Das EU-Mercosur-Handelsabkommen wird den Export von Rind und anderen Fleischprodukten steigern und dadurch Rechtsverletzungen sowie negative Umwelteinflüsse in Fleischlieferketten verschlimmern.
- Währenddessen steigt die Entwaldung in Brasilien weiter an. Regulierungen, die Umweltschutz und Menschenrechte zum Ziel haben, werden zurückgefahren.
- Die effektive Überwachung der Lieferketten von multinationalen brasilianischen Fleischunternehmen mit Blick auf Menschenrechte und Umweltstandards gelingt weiterhin nicht vollständig.
- Auch europäische und deutsche Supermärkte verkaufen brasilianische Fleischprodukte. Mit Abschluss und Umsetzung des EU-Mercosur-Abkommens wird sich dieser Verkauf voraussichtlich steigern

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) fordert Deutschland und die EU auf, das EU-Mercosur-Handelsabkommen zu stoppen und nationale sowie europäische verbindliche Regulierungen zur Unternehmensverantwortung in Lieferketten einzuführen.

## Im Einzelnen:

Brasilien hält einen Großteil des weltweiten Bestandes an Nutztieren, unter anderem den zweitgrößten Bestand an Rindvieh. Das Land ist auch zweitgrößter Geflügelproduzent weltweit. Nach konservativer Schätzung gibt es in Brasilien mehr Ochsen und Kühe (circa 213 Millionen) als Menschen (circa 212 Millionen). Kein wirtschaftlicher Produktionssektor im Land beansprucht so viel Fläche wie die Viehwirtschaft (etwa 19 Prozent der Landesfläche).

Auch die EU importiert Fleischwaren aus Brasilien. Frischfleisch spielt hierbei eine untergeordnete Rolle. Im Gegensatz dazu kaufte die EU im Jahr 2019 34,2 Prozent der brasilianischen Exporte von industriell verarbeitetem Rindfleisch sowie den Großteil (72,8 Prozent) des industriell verarbeiteten Hühnerfleisches.

Die brasilianische Viehwirtschaft war zwischen 1990 und 2018 für 80 Prozent der Klimagase des Landes verantwortlich, problematisch waren dabei insbesondere **indirekte Emissionen durch Entwaldung**. Während andere große Volkswirtschaften, insbesondere aufgrund der Covid-19-Pandemiefolgen, Rückgänge in Emissionen verzeichnen, steigen sie in Brasilien weiter. Schätzungen des Observatório do Clima zufolge könnten die lokalen Emissionen im Jahr 2020 zwischen 10 und 20 Prozent im Vergleich zu 2018 steigen, was von Entwaldungen in Amazonien und der Geschwindigkeit der Erholung der Volkswirtschaft abhängt. Erste Daten aus 2020 weisen auf den Anstieg von Bränden und Entwaldungen im Vergleich zum Vorjahr hin.

**Die Rinderhaltung ist Haupttreiber der Entwaldung Amazoniens:** Nach jüngeren Daten der brasilianischen Regierung zu Landnutzungsveränderungen werden rund 65 Prozent der entwaldeten Flächen Amazoniens als Weideland genutzt. Eine Erhebung von Greenpeace aus dem August 2019 stellte in nahezu 90 Prozent der Fälle einen Zusammenhang von Bränden und Viehhaltungsnutzung fest.

**Auch die Geflügel- und Schweinemast weist einen indirekten Zusammenhang zu Entwaldungen auf.** Der Anbau von Soja und Mais dient als Eiweißfuttermittel für die Intensivtierhaltung. Zwischen 2014 und 2019 wurde bei 14 Prozent der neu beernteten Sojafläche ein Zusammenhang zwischen der Ausdehnung des Sojaanbaus und Entwaldung nachgewiesen. Umwandlungen von Viehweiden zu Ackerflächen machten im gleichen Zeitraum allerdings 56 Prozent der Ausdehnung aus. Die Ausdehnung des Futtermittelanbaus auf ehemalige Weideflächen ist Teil einer komplexen Landbesitzdynamik, die dazu beiträgt, das Wachstum der Rinderherden auf neue, häufig entwaldete landwirtschaftliche Flächen zu verlagern.

Die **indigenen Völker Brasiliens** sind von den sich stetig verschiebenden Grenzen der Agrarflächen stark betroffen. Zwischen August 2018 und Juli 2019 wurden in indigenen Territorien Amazoniens 42,6 Tausend Hektar entwaldet, ein Anstieg um 174 Prozent im Mittelvergleich zum Zeitraum der Jahre 2008 bis 2018 in dem durchschnittlich 15,5 Tausend Hektar entwaldet wurden.

Der Bereich der Viehwirtschaft weist zudem enge Verknüpfungen mit Formen der **modernen Sklaverei** auf. Die Arbeiter\*innen haben häufig menschenunwürdige Unterkünfte, unzureichende Nahrung, keine angemessene Arbeitsschutzkleidung oder medizinische Versorgung. Zur Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit und zur Durchsetzung von Arbeitszwang werden illegale Schulden, Einschüchterung, bewaffnete Sicherheitskräfte und räumliche Isolation genutzt.

**Vier internationale Unternehmen dominieren die brasilianische Fleischindustrie: JBS, BRF, Mafrig und Minerva Foods.** Die Vorherrschaft dieser Unternehmen in Fleischindustrie und Fleischhandel ist das Ergebnis eines wirtschaftlichen Konzentrationsprozesses, ein Beispiel für die Politik der „nationalen Champions“. Ihr Wachsen wurde maßgeblich durch den brasilianischen Staat begleitet. Eine vorrangige Rolle übernahm die staatliche Sozial- und Entwicklungsbank BNDES, die derzeit beispielsweise 20 Prozent der Anteile an JBS hält.

Nach Untersuchungen von Réporter Brasil und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen sind die **brasilianischen Fleischunternehmen weiterhin direkt oder indirekt mit Zulieferern verbunden, die in Verstöße gegen soziale, ökologische und arbeitsrechtliche Bestimmungen verwickelt sind.** Auch nach Abschluss von Abkommen wie dem sogenannten „Rinder-Abkommen“, das den Ankauf von Tieren durch Produzent\*innen oder von landwirtschaftlichen Betrieben, die in illegale Entwaldung verwickelt sind, unterbinden soll, gibt es weiterhin Schlupflöcher, die die Herkunftsverfolgung und implementierte Kontrollmechanismen umgehen. Neben Formen der **Herkunftsverschleierung**, also des Transports von Tieren aus Gebieten von illegaler Entwaldung zu „sauberen“ Farmen, wird die **mangelnde Intransparenz von Transportbescheinigungen** ausgenutzt. Auch kommt es zu **verbotenen Unterparzellierungen von Einträgen ins Umweltregister CAR:** Während der eine Teil eines Grundstücks wegen irregulären Abholzungen von Lieferungen ausgeschlossen wird, kann ein anderer Teil des Grundstücks weiter an Unternehmen liefern, die das „Rinder-Abkommen“ unterzeichnet haben.

**Brasilianisches Fleisch findet sich auch in Supermärkten in Europa und Deutschland,** beispielsweise in Regalen von Aldi, Edeka und Lidl. Europäische und deutsche Unternehmen unterstützen die brasilianischen Fleischmultis auch durch Anteile oder durch die Begleitung von Transaktionen.

Das Abkommen zwischen der EU und den Mercosur-Ländern wird den Handel mit Fleisch weiter verstärken. Das Abkommen, über das man sich im Juli 2019 grundsätzlich einigte, befindet sich derzeit in der juristischen Überprüfung. Während Brasilien sich einen Anstieg im Export agrarischer und mineralischer Rohstoffe erhofft, hat die deutsche Chemie-, Automobil-, Maschinen- und Anlagenbauindustrie großes Interesse an dem Abkommen. Für den Fleischkomplex werden insbesondere neue Einfuhrquoten mit niedrigeren Zöllen eingeführt (im Bereich Rindfleisch Einfuhrquote für 99.000 Tonnen, schrittweise Senkung bis zum Zollsatz von 7,5 Prozent; im Bereich Hühnerfleisch Extra-Quote von 180.000 Tonnen schrittweise Senkung bis Zollbefreiung).

Diese Entwicklungen erfolgen vor dem Kontext eines Anstiegs von Entwaldung und der Senkung sozialer und ökologischer Standards in Brasilien (zum Beispiel durch Schwächung der Kompetenzen der Umweltbehörde IBAMA, Stopp von Programmen der Agrarreform zugunsten von kleinbäuerlichen und landlosen Familien). Diesen Entwicklungen vermögen auch die Regelungen zum Schutz von Umwelt und Menschenrechten, die sich insbesondere im Nachhaltigkeitskapitel des Abkommens befinden, nichts entgegenzuwirken. Die entsprechenden Klauseln sind entweder schon als nicht verbindliche Verpflichtungen ausgestaltet oder derart vage, dass sie eher bloße Absichtserklärungen darstellen. Insbesondere fehlt es aber an effektiven Mechanismen zur Einhaltung der Vorschriften und zur Sanktionierung von Verstößen.